

- Bei der Aufnahme der neutestamentlichen Bestimmung der Kirche als Volk Gottes aus Juden und Heiden (bes. 1.7.1 und 1.7.2) darf nach der faktischen Geschichte von Juden und Christen nicht davon abgesehen werden, daß die Kirche seit der Spätzeit des Neuen Testaments weithin rein heidenchristlich war und durch ihre Lehre und Praxis ein wirkliches Judentum faktisch ausgeschlossen hat.
- Beide Tendenzen, denen wir widersprechen müssen, treten besonders deutlich hervor
 - in der Aufforderung an die Christenheit zur Judenmission „durch Predigt und Sakrament“ in 2.7.1.
 - Der 1. Absatz von 2.7.1, der durch den 2. im Grundsatz nicht relativiert wird, überspringt unreflektiert den Abstand der Zeiten zwischen dem NT und dem 20. Jh. sowie die gegenwärtigen Probleme mit diesem Thema, und stellt jeden ernsthaften Dialog in Frage (hier zeigt sich endgültig, daß die „Stellungnahme“ nicht von einem solchen herkommt und geprägt ist). Die Forderung eines solchen Zeugnisses – zumal mit dem problematischen Begriff „Messias Israels“ – darf nicht überspringen, daß es zunächst um eine „Rückbesinnung auf die ursprüngliche Verwurzelung der Christologie in der jüdischen Messiaserwartung“ gehen muß, also um eine Veränderung des eigenen Christusverständnisses, um so „das Verhältnis von Kirche und Judentum auf einen neuen Weg zu bringen“ (Christen und Juden II, S. 33 f.).
 - in der Infragestellung einer letztlich gemeinsamen eschatologischen Hoffnung von Juden und Christen auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, auf das eine Reich des einen Gottes (bes. 2.9 letzter Absatz).
 - Die Trennung Jesu Christi von seinem Volk und vom Gott Israels, seinem Vater, die hier wie vielfach vorausgesetzt wird, kann nicht unwidersprochen bleiben.

Wortlaut in: Texte aus der VELKD, Nr. 68/1996, 18f.

E.III.45'

LANDESSYNODE DER EVANGELISCH-LUTHERISCHEN LANDESKIRCHE HANNOVERS

Beschluß ‚Kirche und Judentum‘ vom 29. November 1995

Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers hatte vor ihrem Beschluß am 29.11.1995 einen Sonderausschuß eingesetzt, der sich langfristig mit der inhaltlichen Vorbereitung einer Themensynode zum christlich-jüdischen Verhältnis befaßt hat. Nach Vorlage des Arbeitsberichtes hat die Landessynode einen Beschluß verabschiedet, der an Stellungnahmen anderer Gremien zum

christlich-jüdischen Verhältnis anknüpft und dann auf Besonderheiten der Hannoverschen Kirche in ihrem Verhalten zu Juden und Judentum eingeht.

Die Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers nimmt in Übereinstimmung mit den anderen kirchenleitenden Organen das Arbeitsergebnis des Sonderausschusses „Kirche und Judentum“ dankbar entgegen. Die Landessynode unterstreicht die folgenden zentralen Aussagen des Arbeitsergebnisses:

„Wir beklagen die Schuld unserer Kirche an den Juden. Die Fehler und Versäumnisse belasten bis heute die Glaubwürdigkeit unseres Zeugnisses. Sie verpflichten uns, unsere Beziehungen zu Juden und zum Judentum neu zu bedenken und zu gestalten.

Angesichts der Schuld unserer Kirche in der NS-Zeit und erschrocken über die Wirkungsgeschichte der antijüdischen Vorurteile in der Christenheit sind wir dankbar für den Ertrag der bisherigen Bemühungen um ein neues Verständnis des Judentums und unseres Verhältnisses zu Juden.

Dankbar sind wir auch dafür, daß nach Auschwitz jüdische Menschen sich bereitgefunden haben, mit uns gemeinsam die Schrift zu lesen. Diesem gemeinsamen Lesen und dem eigenen neuen Hören auf die Schrift verdanken wir wichtige Einsichten.

So sind wir an die bleibende Verbundenheit von Juden und Christen gewiesen worden und haben gelernt, daß die Voraussetzungen des christlichen Antijudaismus unhaltbar sind. Gott hat seinen Bund mit Israel nicht gekündigt und sein Volk nicht verworfen, seine Erwählung bleibt bestehen.

Die Lehren aus der jüdenfeindlichen Geschichte der Christen zu ziehen und Theologie und kirchliche Praxis vor dem Horizont der bleibenden Verbundenheit von Juden und Christen zu erneuern, muß Anliegen unserer Landeskirche als Ganzer sein.“

Der Weg einer Neuorientierung ist noch nicht zu Ende gegangen; viele Fragen sind noch zu klären. Das gilt auch für manche Aussagen im vorliegenden Arbeitsergebnis. Insbesondere über folgende offene Fragen ist ein intensives weiterführendes Gespräch erforderlich:

A Wie können die jüdischen Wurzeln des christlichen Glaubens und die positiven Aspekte der Beziehungen von Christen und Juden stärker als bisher herausgestellt werden?

B Wie ist es nach dem Zeugnis des Neuen Testaments zu deuten, daß Gott sich zum einen eine Kirche aus Juden und Heiden berufen hat und beruft und zum anderen an seiner Erwählung gegenüber seinem Volk Israel festhält und in Treue zu ihm steht?

C In welcher Weise können Christen und Christinnen ihren Glauben bezeugen, daß ihr Heil und das Heil aller Menschen in Jesus Christus erschienen ist, und zugleich einen offenen Dialog mit Juden und Jüdinnen führen?

D Was bedeutet es für das christlich-jüdische Gespräch, daß beide Seiten die hebräische Bibel, das Alte Testament, gemeinsam haben, aber dieselben Texte unterschiedliche auslegen und verstehen?

Die folgenden Beschlüsse der Landessynode sollen das notwendige Gespräch anregen und voranbringen:

1. Die Landessynode wendet sich an die Kirchengemeinden, Kirchenkreise, Pfarr- und Mitarbeiterkonferenzen, an die Einrichtungen der Landeskirche, insbesondere an die für Aus-, Fort- und Weiterbildung, und bittet sie, das Arbeitsergebnis des Sonderausschusses sorgfältig zu beraten, die darin enthaltenen Anregungen aufzunehmen und Konsequenzen für die kirchliche Praxis zu ziehen.
2. Die Landessynode bittet das Landeskirchenamt, alle für Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Landeskirche Verantwortlichen zu einer Tagung zusammenzuführen, bei der die Folgerungen beraten werden, die sich aus dem Arbeitsergebnis für die Bildungsarbeit der Kirche ergeben, und dem Landessynodalausschuß zu berichten.
3. Die Landessynode bittet den Kirchensenat, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Geschichte der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers während der NS-Zeit sorgfältig und kritisch zu erforschen und zu dokumentieren.
4. Die Landessynode bittet die Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen, ihre Geschichte in der NS-Zeit zu erforschen und zu dokumentieren und sich an der Spurensuche nach früherem jüdischen Leben zu beteiligen und dahingehende Bemühungen zu unterstützen.
5. Die Landessynode bittet alle in der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers Verantwortlichen und die Kirchengemeinden und Einrichtungen, gegen jeden wieder aufkeimenden Antisemitismus entschlossen aufzutreten.
6. Die Landessynode bittet die Kirchengemeinden, Begegnungen und Gespräche zwischen Juden und Christen, wo immer es möglich ist, zu suchen und zu fördern. Sie ist dankbar dafür, daß nach den Verbrechen des Holocaust solche Begegnungen und Gespräche möglich geworden sind und daß Schritte aufeinander zu getan werden konnten. Sie hofft auf eine gute Nachbarschaft zwischen Kirchen- und Synagogengemeinden, in der die Verbundenheit von Juden und Christen sichtbar werden kann.

21. Landessynode, Nov. 1995

Arbeitsergebnis des Sonderausschusses „Kirche und Judentum“

I.

Am 9. November 1938 wurden in Deutschland fast zweihundert jüdische Goteshäuser zerstört. Während am folgenden Tag die Synagoge in der Roten Reihe in Hannover langsam ausbrannte, schaute eine beträchtliche Menschenmenge schweigend zu. Die Polizei beschränkte sich auf die Absperrung des Geländes, die Feuerwehr griff nicht ein. In unmittelbarer Nachbarschaft befand sich das Landeskirchenamt. Augenzeugen berichten, daß an jenem Tag eine gedrückte Stimmung im Haus herrschte. Doch der Betrieb ging weiter. Es war ja die Synagoge, die brannte, nicht die Kirche. An diesem Ereignis wird schlaglichtartig deutlich, wie es um das Verhältnis der Kirche zu Jüdinnen und Juden

in jener Zeit bestellt war. Eine Einsicht in die Verantwortung oder ein Gefühl der Verbundenheit gab es nicht. Diese Einstellung hatte eine lange und unheilvolle Vorgeschichte. Das Verhältnis der Kirchen zu Juden und zum Judentum wurde seit Jahrhunderten vor allem von drei Überzeugungen bestimmt:

- Die Juden sind schuld am Kreuzestod Jesu.
- Die Juden gehören nicht zu uns, sie sind von Gott verworfen.
- Wie der Staat mit Juden verfährt, ist in sein Ermessen gestellt und nicht Sache der Kirche.

Diese Einstellung war nicht nur „Volks Glaube“, sondern Theologie und meinungsbildende protestantische Kreise haben sie immer wieder gestärkt. Das machte den Protestantismus anfällig für den rassistischen Antisemitismus, wie er im 19. Jahrhundert aufgekommen war.

Auch die hannoversche Landeskirche blieb für das Schicksal der Juden im NS-Staat ohne Mitgefühl. Von ganz wenigen Stimmen abgesehen, die bereits vor 1933 gegen die antisemitische Rassenlehre Stellung nahmen, wie Hermann Ubbelohde in Nendorf und Richard Karwehl in Osnabrück, schwieg die Kirche. Sie erhob auch nach 1933 keinen Protest, weder gegen Boykottaufrufe und Verhaftungen jüdischer Bürger noch gegen die Einführung des Arierparagraphen und der Nürnberger Rassegesetze noch gegen die Brandstiftungen an den Synagogen noch gegen die Deportationen in Konzentrationslager.

Im besonderen war ein eindeutiges Handeln der Kirche gegenüber den Gemeindegliedern und Pastoren gefragt, die nach der NS-Rassentheorie als „nicht-arisch“ galten. Im Ergebnis wurden, wie im staatlichen Bereich, so auch in der hannoverschen Landeskirche die Menschen jüdischer Herkunft ausgegrenzt.

- Nach 1933 wurden keine „nicht-arischen“ Pastoren mehr angestellt.
- Die vier Pastoren, die bereits im Dienst waren, mußten ihre Pfarrstellen verlassen und wurden aufgrund einer 1937 erlassenen Verordnung in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Betroffen waren Pastor Benfey in Göttingen, Lic. Leo in Osnabrück, Pastor Gurland in Meine und Pastor Oehlert in Rinteln. Lic. Leo kam 1938 in das Konzentrationslager Buchenwald, bis er 1939 über die Niederlande und England in die Vereinigten Staaten auswandern konnte. Benfey entkam 1937 ebenfalls in die Niederlande. Oehlert überlebte die Zeit als Seelsorger in einer hessischen Diakonissenanstalt, Gurland als Bibliothekar der Hermannsburger Mission. Alle mußten nach 1945 von sich aus an das Landeskirchenamt herantreten, um sich nach der Möglichkeit, wieder in den Pfarrdienst zu kommen, zu erkundigen. Eine Entschuldigung von Seiten der Landeskirche ist nicht erfolgt.
- Die Gemeindeglieder jüdischer Herkunft, die nach 1941 zum Tragen des Gelben Sterns verpflichtet waren, sollten sich vom „kirchlichen Leben der deutschen Gemeinden“ fernhalten, weil es anderen Gottesdienstbesuchern nicht zumutbar sei, den Gottesdienst mit Trägern des Gelben Sterns zu besuchen. Sie wurden nicht mehr als aktive Mitglieder der Landeskirche angesehen. Daß sie dann doch nicht, wie geplant, in eigene judenchristliche Gemeinden gedrängt wurden, lag allein an ihrer kleinen Zahl.
- Unter den öffentlichen Erklärungen ist in diesem Zusammenhang besonders die Unterschrift von Landesbischof D. Marahrens vom 20. Juni 1939 unter die

„Fünf Sätze“ des Kirchenministers Kerrl zur Neuordnung der Deutschen Evangelischen Kirche zu beklagen. In ihnen heißt es:

„Die nationalsozialistische Weltanschauung ist die völkerpolitische Lehre, die den deutschen Menschen bestimmt und gestaltet. Sie ist als solche auch für den christlichen Deutschen verbindlich. Die nationalsozialistische Weltanschauung bekämpft mit aller Unerbittlichkeit den politischen und geistigen Einfluß der jüdischen Rasse auf unser völkisches Leben. (... es gibt) im Bereich des Glaubens keinen schärferen Gegensatz als den zwischen der Botschaft Jesu Christi und der jüdischen Religion ...“

Die Verantwortung für die Haltung der hannoverschen Kirche zur „Judenfrage“ trugen nicht nur der damalige Landesbischof und die Kirchenleitung, sondern auch die Pastorenschaft und die Gemeinden mit ihren Kirchenvorständen.

Wir beklagen die Schuld unserer Kirche an den Juden. Die Fehler und Versäumnisse belasten bis heute die Glaubwürdigkeit unseres Zeugnisses, sie verpflichten uns, unsere Beziehungen zu Juden und zum Judentum neu zu bedenken und zu gestalten.

II.

Nach 1945 hat es lange gedauert, bis das Verhalten gegenüber Juden in der NS-Zeit und die Folgen für Kirche und Theologie in der notwendigen Breite behandelt wurden. Kirchenleitende Gremien haben diese Frage zunächst nicht aufgegriffen, aber es hat in der Landeskirche wichtige Lernprozesse gegeben, auf deren Ergebnisse wir heute zurückgreifen können.

Ein wichtiges Beispiel für einen solchen Prozeß ist die Geschichte des 1871 gegründeten Ev.-luth. „Zentralverein für Mission unter Israel“, der nach seiner Auflösung 1935 bereits im Oktober 1945 wieder gegründet wurde und seither einen Schwerpunkt der Arbeit im Bereich unserer Landeskirche hat. Die enge Verbindung der Landeskirche mit dem Zentralverein kommt in der Kollekte am 10. Sonntag nach Trinitatis, dem Israel-Sonntag, zum Ausdruck.

1945 hatte der Zentralverein zunächst an seine judenmissionarische Tradition angeknüpft, zugleich aber die Aufgabe betont, in der Kirche „das Verständnis für die gegenwärtige äußere und innere Lage des Judentums zu wecken und dem Worte der Heiligen Schrift zur Judenfrage und über Israels Bedeutung im Plane Gottes wieder Gehör und Geltung zu verschaffen“, als einen „Beitrag, den die lutherische Kirche in Deutschland zur Wiedergutmachung des an Israel geschehenen Unrechts zu leisten hat.“ In einem langwierigen Klärungsprozeß veränderte der Verein zunächst seinen Namen in „Zentralverein für Zeugnis und Dienst unter Juden und Christen“, 1991 wurde die Position des Vereins grundsätzlich neu bestimmt. Jede Judenmission im Sinne eines Proselytismus wird abgelehnt, christliches Zeugnis kann nur als ein ganzheitliches Lebenszeugnis in Respekt vor der Überzeugung anderer gegeben werden. Christen sind mit Juden und Judenchristen in besonderer Weise verbunden.

Zu dieser Entwicklung des Zentralvereins hat wesentlich der 1978 gegründete Zweigverein „Ev.-luth. Dienst für Christen und Juden in Niedersachsen e.V.“ beigetragen. Ein wichtiger Ort der Meinungsbildung waren dabei die seit 20

Jahren gemeinsam mit dem Zentralverein veranstalteten Tagungen des Pastorkollegiums in Loccum zum christlich-jüdischen Gespräch.

In den „Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit“, deren Gründung eine ausdrückliche Antwort auf die Verbrechen in der Zeit vor 1945 gewesen ist, haben von Anfang an einzelne engagierte Christen mitgearbeitet. Als eine der ersten in der Bundesrepublik bildete sich 1953 die Gesellschaft in Hannover. Heute bestehen im Bereich der Landeskirche weitere Gesellschaften in Osnabrück, Celle, Göttingen, Leer, Lüneburg, Hameln und in Niedersachsen-Ost mit einem beträchtlichen Einfluß auf kirchliche Kreise. Seit 1961 haben viele Besucher des Deutschen Evangelischen Kirchentages in den Veranstaltungen der „Arbeitsgruppe Juden und Christen“ im Dialog über die Bibel das Verbindende neu sehen gelernt und den Blick für die alten Vorurteile geschärft. Die Arbeit der „Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste“ in Israel und anderen Ländern ist durch die Freiwilligen und die Patenschaften, die Kirchengemeinden für sie übernommen haben, ein erster praktischer Schritt hin zu einer neuen Beziehung.

Seit 1978 gibt das Studienjahr an der Hebräischen Universität in Jerusalem Theologiestudierenden die Möglichkeit eines vertieften Studiums des Judentums und der Begegnung mit Jüdinnen und Juden; die Teilnehmenden dieses Programms unserer Landeskirche haben sich inzwischen im „Theologischen Arbeitskreis Kirche und Israel“ zusammengefunden.

1990 hat die Landeskirche das Amt eines „Beauftragten für Christentum und Judentum“ im Amt für Gemeindedienst geschaffen und damit die Bedeutung dieser Frage für die Landeskirche als ganze unterstrichen. Eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema wurde möglich, Sprengelbeauftragte wurden ernannt, die in ihren Regionen eigene Aktivitäten entfalten.

Die Klausurtagung der Landessynode im Januar 1993 schließlich hat die bisherigen Bemühungen aufgegriffen und in den vergangenen beiden Jahren einen breiten Prozeß in den Kirchenkreisen angeregt, wie er für dieses Thema in unserer Landeskirche neu war.

III.

Angesichts der Schuld unserer Kirche in der NS-Zeit und erschrocken über die Wirkungsgeschichte der antijüdischen Vorurteile in der Christenheit sind wir dankbar für den Ertrag der bisherigen Bemühungen um ein neues Verständnis des Judentums und unseres Verhältnisses zu Juden.

Wir lernen mehr und mehr, daß wir unseren christlichen Glauben ausdrücken können, ohne die jüdische Tradition herabzusetzen; unserem Glauben wird dadurch nichts weggenommen. Vielmehr erkennen wir, wie sehr wir auf die Hebräische Bibel und die Verbindung zum Judentum angewiesen sind, um ihn gemäß dem Zeugnis des Neuen Testaments bekennen zu können.

Wir sind dankbar für die uns nach der Zeit der Verbrechen gegebene Chance zur Umkehr. Wir empfinden sie als eine von Gott gegebene unverdiente Frist, unser Verhältnis zum Judentum neu zu bestimmen. Haben doch deutsche Menschen durch den Massenmord an Juden das Gericht Gottes herausgefordert. „Wer euch antastet, der tastet meinen Augapfel an“ (Sacharja 2,12). Gott hat

unsrem Volk aufs Ganze gesehen nicht vergolten, was es jüdischen Menschen angetan hat, so schlimm die Folgen für einzelne auch gewesen sind.

Dankbar sind wir auch dafür, daß nach Auschwitz jüdische Menschen sich bereit gefunden haben, mit uns gemeinsam die Schrift zu lesen. Diesem gemeinsamen Lesen und dem eigenen neuen Hören auf die Schrift verdanken wir wichtige Einsichten, bleibt die Schrift doch Quelle und Richtschnur unseres Erkennens und Bekennens, und sind wir auf die Schrift des Alten Testaments, die Bibel der Juden, angewiesen, die allein uns hilft, Leben, Sterben und Auferstehen Jesu Christi zu begreifen (Lk 24,17)!

So sind wir an die bleibende Verbundenheit von Juden und Christen gewiesen worden und haben gelernt, daß die Voraussetzungen des christlichen Antijudaismus unhaltbar sind.

Gott hat seinen Bund mit Israel nicht gekündigt und sein Volk nicht verworfen, seine Erwählung bleibt bestehen. Wir haben erfahren, daß Israel nicht eine Größe der Vergangenheit ist, sondern das Judentum bis heute lebendiger Glaube an den uns gemeinsamen Gott ist.

Dieser Weg der Neuorientierung ist noch nicht zu Ende gegangen; viele Fragen sind noch offen. Evangelische Christen können allerdings inzwischen viele Einsichten gemeinsam sagen. Das zeigen die Erklärungen von Driebergen der „Lutherischen Europäischen Kommission Kirche und Judentum“ (LEKKJ) aus dem Jahr 1990 und die Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland „Juden und Christen II“ aus dem Jahr 1991. Der Kirchensenat unserer Landeskirche hat den in der Erklärung von Driebergen gefundenen Konsens in einer eigenen Stellungnahme dankbar begrüßt, ihn kritisch kommentiert und damit Fragen für die weitere Arbeit gestellt.

Die im ersten Abschnitt genannten drei Überzeugungen, die Ursache des Versagens auch der hannoverschen Landeskirche während der NS-Zeit waren, sind verhängnisvolle Irrtümer. Sie haben sich als unbiblisch erwiesen. Ihre Folgen waren unchristlich und inhuman.

- „Die Juden sind schuld am Kreuzestod Jesu, sie sind Gottesmörder.“ Der Vorwurf des Gottesmordes ist weder historisch noch theologisch haltbar. Er beruft sich zwar auf den von Matthäus berichteten Schrei der Menge vor Pilatus: „Sein Blut komme über uns und unsere Kinder!“ (27,25) Der Satz taugt aber nicht zu einer endlosen Anklage gegen das Volk der Juden oder gar zu einer Rechtfertigung ihrer Verfolgung. Er ist der Schrei der Menschheit, dem das Wort vom Kreuz ein Ärgernis und eine Torheit bleibt (1Kor 1,23). Das Neue Testament rechnet mit der schrecklichen Möglichkeit, daß auch Christen „den Sohn Gottes abermals kreuzigen“ (Hebr 6,6) und zwar durch ihre eigene Sünde.

- „Die Juden haben einen anderen Glauben und stehen für einen anderen Gott, den Gott des Gesetzes, der Vergeltung und der Rache“ – im Gegensatz zum neutestamentlichen Glauben an den Gott Jesu, der die Liebe ist. Dieser Satz ist ein Vorurteil ohne Anhaltspunkt in der Heiligen Schrift. Was uns in Person, Predigt und Werk Jesu begegnet, treffen wir bereits in der Bibel der Juden, unserem Alten Testament, an, in der Schrift, auf die sich Jesus selber immer wieder berufen hat. Gottes Königsherrschaft, Gottes Treue zu seinen Geschöpfen, den von Gott immer wieder erneuerten Bund, Umkehr und Vergebung,

Freude an Gottes Weisung und Wort, Hoffnung auf Gottes endgültige Herrschaft, Gewißheit des auch die Völker umgreifenden Heilswillens Gottes. In weiten Teilen der Bibel begegnen wir demselben Gott, einem Gott der Liebe und Gerechtigkeit. Es ist derselbe Gott: Der Vater Jesu Christi ist der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs.

Wo Jesus etwa in der Bergpredigt über das, was „zu den Alten gesagt“ war, scheinbar hinausgegangen ist, hat er den Gotteswillen radikalisiert und verinnerlicht. Dafür gibt es andere jüdische Parallelen, wie Jesu überhaupt in mehr oder weniger größerer Nähe zu den zeitgenössischen Strömungen im Judentum stand.

Gegründet auf die Heilszusage Gottes und die bereits erfolgten Heilstaten Gottes hat Jesus das in seiner Person nahe gekommene Heil verkündigt. Diese Verkündigung ist auf zukünftige Erfüllung hin ausgerichtet und verbindet in dieser Hoffnung Christen und Juden.

Jesus wurde von Pontius Pilatus hingerichtet. Offen ist die historische Frage, inwieweit religiöse oder politische Führer Israels, die vorrangig am Einvernehmen mit der römischen Herrschaft interessiert waren, mit der Verkündigung des mit Jesus angebrochenen Heils eine Provokation gesehen und seinen Tod befürwortet haben.

Daß Gott in einem Gekreuzigten zum Ziel seiner Wege mit den Menschen kommt, war für Jünger wie für Gegner unfaßbar. So scheiden sich an der Person des gekreuzigten und auferstandenen Jesus als dem Messias die Geister.

- „Wie der Staat mit den Juden verfährt, ist in sein politisches Ermessen gestellt und nicht Sache der Kirche“. Dieser Auffassung lag eine mißverstandene Lehre von den „zwei Reichen“ zugrunde, nach der das „Reich zur Rechten“, bestimmt von der Predigt des Evangeliums, strikt vom „Reich zur Linken“, bestimmt von der Eigengesetzlichkeit des Politischen, zu trennen sei, so als handle es sich beim „Reich zur Linken“ nicht mehr um Gottes Weltregiment. In der NS-Zeit vernebelte sie die Tatsache, daß die Kirche bei Judenverfolgung und Massenerschießung es nicht mit „normalem“ Regierungshandeln zu tun hatte, sondern daß eine gottlose, rassistische Ideologie mit staatlichen Mitteln umgesetzt wurde. Wo solches geschieht, hat die Kirche die Pflicht, um Jesu Christi willen Widerstand in Wort und Tat zu leisten.

Mit der Frage, wie es zu dem verhängnisvollen Riß zwischen Juden und Christen kommen konnte, stoßen wir einmal mehr auf die lange gemeinsame Geschichte. Seit der Konstantinischen Wende war es eine Geschichte, in der die Kirche mit staatlicher Macht verbündet war und in der um der Geschlossenheit und Einheitlichkeit des Christentums willen andere Glaubensweisen nicht zugelassen wurden.

Zum anderen stoßen wir auf die neutestamentlichen Schriften selbst. Sie sind in einer Zeit entstanden, als die junge Kirche sich vom Judentum löste. Es hat mit diesem schmerzlichen Prozeß gegenseitiger Abgrenzung zu tun, daß das Neue Testament einerseits nicht frei von Polemik ist, andererseits noch nicht zu einer einheitlichen Lehre über das Verhältnis der Christen zu den Juden gefunden hat.

Am stärksten hat Paulus, seinem jüdischen Volk verbunden, mit der ihn quälenden Ablehnung seines Herrn Jesus Christus durch die Mehrheit seines Vol-

kes, dem doch die Verheißungen und der Bund ungekündigt gehören, gerungen. Dabei sind die Kapitel 9–11 des Römerbriefes von besonderer Bedeutung. Sie sind das durchdachte Ergebnis eines längeren Klärungsprozesses. Auch hat die neutestamentliche Forschung gezeigt, daß die „Aussagen über Israel in Röm 9–11 in den Horizont der Rechtfertigungsbotschaft gehören und damit der Mitte des Evangeliums zugeordnet sind“. Für Paulus ist es die „Gerechtigkeit Gottes“, seine unverbrüchliche Treue, die Gottes Geschichtshandeln auch gegen alles menschliche Versagen und alle Untreue bestimmt. Wenn Gott selbst Israel als seinem Volk die Treue hält, so haben Christen nicht das Recht, das in Frage zu stellen (EKD-Studie II). Paulus sah beide, Juden und Christen, aus der Barmherzigkeit und Treue Gottes leben, der schließlich auch Israel erretten wird, „denn Gottes Gaben und Berufung können ihn nicht gereuen“. So kann Paulus auch über dem Schmerz der Trennung das Lob Gottes anstimmen: „O welch eine Tiefe des Reichtums, beides, der Weisheit und der Erkenntnis Gottes! Wie unbegreiflich sind seine Gerichte und unerforschlich seine Wege ... Denn von ihm hin und durch ihn und zu ihm sind alle Dinge. Ihm sei Ehre in Ewigkeit! Amen.“ (Röm 11,33.35).

Am Ende bleibt die schwierige Frage, wie wir es begreifen, daß Gott zum einen sich ein Volk erwählt, Israel, und in Treue zu ihm steht und zum anderen sich eine Kirche aus den Völkern beruft und ihnen in Christus das Heil zusagt. Manche sprechen deswegen davon, es gäbe zwei getrennte Wege zu Gott, den der Tora für die Juden, und den des Glaubens an Jesus Christus für die Christen. So zu sprechen ist wenig hilfreich – geht es doch in beiden Fällen um Gottes gnädige Zuwendung, seinen „Heilsweg“ zu uns Menschen. Gewiß berufen sich Juden auf die Erwählung ihres Volkes und die Gabe der Tora – beides gilt ihnen zunächst allein, und gewiß können Christen nicht dahinter zurück, daß sie ihr Heil im Namen Jesu Christi finden. Aber schon das Alte Testament kennt die Hoffnung, daß einmal alle Völker Gottes Weisung annehmen und ihn anbeten werden, wie umgekehrt das Reich Gottes in der Verkündigung des Neuen Testamentes ein Reich ist, in dem Gerechtigkeit herrscht und Gottes Gebote gelten.

So erfahren wir im neuen Hören auf die Schrift heute genauer als früher die Verbundenheit von Juden und Christen und lernen, daß die Beziehungen zum Judentum in das Zentrum unseres eigenen Glaubens gehören.

IV.

Die Lehren aus der jüdenfeindlichen Geschichte der Christen zu ziehen und Theologie und kirchliche Praxis vor dem Horizont der bleibenden Verbundenheit von Juden und Christen zu erneuern, das muß Anliegen unserer Landeskirche als Ganzer sein und kann nicht auf engagierte Einzelne beschränkt bleiben, so wichtig deren Beispiel in der Vergangenheit auch gewesen ist. Das Thema Juden und Christen ist kein „zusätzliches“, von außen auf uns zukommendes Thema, das wir beliebig aufgreifen oder fallenlassen könnten. Um der Unverfälschtheit unseres Glaubens und Zeugnisses willen muß das erneuerte Verhältnis von Christen und Juden Maßstab für kirchliches Handeln und Reden sein.

Wir halten darum als Folgerung aus dem bisher Gesagten fest:

1. Die Geschichte der hannoverschen Landeskirche während der NS-Zeit ist noch nicht ausreichend erforscht und dokumentiert. Die Landeskirche wird dafür notwendige Forschungsvorhaben unterstützen.

Zugleich ermutigen wir die Kirchengemeinden und die kirchlichen Einrichtungen und Werke, ihrerseits ihre Geschichte zu erforschen. Gemeindearchive, Kirchenvorstandsprotokolle, vor allem die Gemeindeblätter geben in dem, was sie berichten oder wozu sie schweigen, oft ein durchaus eigenes Bild der Zeit. Die Kirchenvorstandswahlen vom Sommer 1933, der Einfluß der Deutschen Christen, Reaktionen auf den 9. November 1938, können u.a. Fragen sein. Noch leben auch „Zeitzeugen“, deren Erinnerungen festzuhalten wert ist.

Ein besonderes Anliegen ist uns, das Leben der jüdischen Gemeinden im Bereich unserer Landeskirche bis zu ihrer Vernichtung vor dem Vergessen zu bewahren. Der Initiative Einzelner, manchmal auch der Kommunen und Landkreise, haben wir inzwischen erste Dokumentationen des jüdischen Lebens zu verdanken. Wo dies aber nicht durch andere geschieht, sind die Gemeinden und Kirchenkreise gebeten, die notwendigen Forschungen anzuregen und zu unterstützen.

In vielen einzelnen Orten hat es in den vergangenen Jahren ermutigende Beispiele lokaler „Spurensuche“ gegeben, an ehemaligen Synagogen oder anderen jüdischen Einrichtungen konnten Gedenktafeln angebracht oder die Lokalgeschichte in kleinen Ausstellungen und Publikationen dokumentiert werden. Diese Bemühungen verdienen die Unterstützung der Kirchengemeinden, ist doch die Vergangenheit erst unter den überschaubaren Verhältnissen des Nahbereichs erlebbar.

2. Im Abschnitt **III** ist deutlich geworden, wie entscheidend das Hören auf die Schrift für eine neue Orientierung ist. Eine besondere Verantwortung für ein erneuertes Verhältnis von Christen und Juden haben deshalb alle diejenigen, die biblische Texte auslegen. Ihrer Aus- und Fortbildung kommt große Bedeutung zu: den Helferinnen und Helfern im Kindergottesdienst, den Religionslehrerinnen und Religionslehrern, den Unterrichtenden im Konfirmandenunterricht, genauso allerdings den gedruckten Materialien für Bibelarbeiten, Bibelwochen und Bibelseminare.

Besonders sind die Texte zu beachten, die für die Gemeinsamkeiten von Juden und Christen bedeutsam sind, und die Texte, die wegen ihres biblischen Zusammenhanges, wegen ihres Ortes im Kirchenjahr oder wegen ihrer Auslegungsgeschichte problematisch erscheinen. Grundsätzlich soll das Judentum nicht länger als negativer Hintergrund mißbraucht werden, um die Überlegenheit des christlichen Glaubens hervorzuheben. Das gilt beispielsweise für das Bild der Pharisäer oder für die Redeweise von der „jüdischen Gesetzlichkeit“.

Für die Ausbildung der Pastorinnen und Pastoren gilt im besonderen:

Ein Lehrangebot an den theologischen Fakultäten im Fach Judaistik hilft, bereits im Studium den Dialog mit der jüdischen Religion aufzunehmen und in die eigenen theologischen Fragen einzubeziehen. Der Bedeutung des Themas entspricht es, Judaistik als Wahlfach in der 1. Theologischen Prüfung vorzusehen.

Die bestehenden Programme, die eine lebendige Begegnung mit dem Judentum ermöglichen, wie „Studium in Israel“ und auch andere Möglichkeiten des Studiums und der Begegnung, etwa an jüdischen Einrichtungen außerhalb Israels oder der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg, sollen gefördert werden. Wünschenswert sind solche Möglichkeiten der Begegnung und des vertieften Studiums auch für Studiensemester während der Dienstzeit, etwa des Kontaktstudiums.

Nicht zuletzt ist das erneuerte Verhältnis von Christen und Juden an den Formulierungen in Predigt, Gebet und Liturgie abzulesen. Hier hat die Ausbildung in den Predigerseminaren als eine Phase des praxisbezogenen Lernens die große Chance, eine Sensibilität in dieser Frage als Kriterium aufzunehmen und einzuüben.

Vergleichbares gilt unter den anderen Bedingungen der Ausbildung auch für die Diakoninnen und Diakone. Auch sie benötigen Grundkenntnisse über das Judentum, um in ihrer pädagogischen Praxis biblische Texte sachgemäß auslegen zu können. Fortbildungsangebote für Erwachsenenbildung und Jugendarbeit sind mit besonderer Aufmerksamkeit zu entwickeln. Die immer wiederkehrende Beschäftigung mit dem Judentum in Gemeindekreisen, Gesprächsgruppen und Seminaren kann nicht nur die notwendigen Kenntnisse vermitteln, sondern das Judentum als lebendiges Gegenüber in seiner Bedeutung für uns Christen zeigen.

3. Reisen nach Israel, wie sie von vielen Gruppen in unserer Landeskirche durchgeführt werden, haben oft keine Auswirkung auf die sonstige Gemeindearbeit. Diese Fahrten allein auf das Kennenlernen der biblischen Stätten auszurichten, ist als Ziel zu eng. Sie sind eine gute Gelegenheit, jüdisches Alltagsleben und jüdische Religion kennenzulernen. Bei entsprechender Vorbereitung und Nacharbeit können die Fahrten Impulse für die weitere Gemeindearbeit sein.

4. Die Landessynode bittet alle Kirchengemeinden und ihre Verantwortlichen, gegen jeden Antisemitismus entschlossen und mutig aufzutreten. Nach der langen Geschichte von Versagen, Trennung und Feindschaft sind Christen für das Wohlergehen der unter uns lebenden Jüdinnen und Juden verantwortlich. In einer guten Nachbarschaft zu den Synagogengemeinden am Ort wird die Verbundenheit von Christen und Juden sichtbar.

5. Die Einrichtungen der Landeskirche werden gebeten, diese Anliegen aufzunehmen. Die Landessynode ihrerseits wird notwendige Initiativen fördern.

Viele in den Gemeinden haben die Notwendigkeit, sich mit dem Judentum zu befassen, erkannt. Oft herrscht allerdings der Eindruck, „Neuland“ zu betreten, und Unsicherheit über Inhalte und Formen. Praktische Hilfen sind oft erbeten worden. Der Beauftragte der Landeskirche für Christentum und Judentum im Amt für Gemeindedienst steht für Beratungen zur Verfügung. Medien und Referenten können über die Arbeitsstelle erfragt werden, konkrete Arbeitshilfen für die Gemeinden werden angeboten mit dem Ziel, das Thema Juden und Christen eng mit der täglichen Gemeindearbeit zu verbinden.

6. Dem Gottesdienst kommt eine besondere Bedeutung zu. Durch Lieder, Gebete und Liturgie werden Frömmigkeitsmuster tief in der Persönlichkeit verwurzelt. Das gilt für die antijüdischen Fehlurteile der Vergangenheit und gilt gleichermaßen für ein erneuertes Verhältnis von Christen und Juden. Hier bedarf es einer besonderen Aufmerksamkeit und großer Sorgfalt. Unsere Gottesdienste sollen „Gottesdienste in Israels Gegenwart“ sein: zum einen, daß jüdische Besucherinnen und Besucher in ihnen nicht herabgesetzt oder beleidigt werden, zum anderen, daß die Gottesdienste im Reden über Israel die Treue und Barmherzigkeit Gottes wiedergeben, von der wir gemeinsam leben.

Wortlaut in: Friede über Israel 78, 1995, 161f.162–172.

E.III.46' EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG

**Erklärung zum Evangeliumsdienst für Israel (EDI)
vom 5. Dezember 1995**

Die Erklärung gehört in den Kontext der Frage nach judenmissionarischen Aktivitäten des EDI im südwestdeutschen Raum. Es wurde der Vorwurf erhoben, der EDI nütze die wirtschaftliche Notlage jüdischer Einwanderer aus den GUS-Staaten aus, um sie für das Christentum zu gewinnen. Dies wurde sowohl vom EDI als auch von der Württembergischen Landeskirche als unzutreffend eingeschätzt.

Am 27. November 1995 fand ein Gespräch im Oberkirchenrat statt, das OKR Heiner Küenzlen und Prälat Gerhard Röckle mit Dekan Dr. Rainer Uhlmann, Vorsitzender des Evangeliumsdienstes für Israel, führten. Dabei ging es um Klärung der gegen den Evangeliumsdienst für Israel erhobenen Vorwürfe, daß jüdische Einwanderer aus den GUS-Staaten mit wirtschaftlichen Versprechungen abgeworben werden.

Als Ergebnis des Gesprächs kann festgehalten werden:

1. Der Evangeliumsdienst für Israel lehnt es ab, wirtschaftliche Notlagen jüdischer Menschen auszunutzen. Das widerspräche der Ausrichtung und Zielsetzung des Werkes. Auch ist dem Evangeliumsdienst für Israel kein Fall bekannt, daß eine wirtschaftliche Notlage ausgenutzt wurde. Der Evangeliumsdienst für Israel stimmt mit Aussagen der EKD-Denkschrift „Christen und Juden II“ von 1991 überein, wo es heißt: „Christen haben daher streng darauf zu achten, daß insbesondere in der Begegnung von Christen und Juden jegliche Art von Zwang oder Ausnutzung von Notlagen zu unterbleiben hat und daß diese auch nicht durch das Ziel zu rechtfertigen sind, Menschen zum Glaubenswechsel zu bewegen. Organisationen, die sich solcher Methoden (Proselytismus) bedienen, darf es in der Kirche nicht geben“ (Christen und Juden II, Gütersloh 1991, S. 57).